

Beschluss (vorläufig)

Bundestagswahlprogramm 2009

13. Digital ist besser – Für ein freies Internet

Bloggen, twittern, podcasten oder einfach nur (herum)surfen - sei es der Bücherkauf oder das Durchstöbern von Reiseangeboten, die Jobsuche oder der Versuch, den Partner fürs Leben zu finden: Wir befinden uns mitten im digitalen und vernetzten Zeitalter mit seinen vielfältigen innovativen Angeboten und einem ungeheuren Mehr an individuellen Kommunikations- und Informationsfreiheiten.

Wir GRÜNE wollen in einem Neuen Gesellschaftsvertrag diese digitalen Potenziale nutzen: Uns geht es um gerechte Zugangschancen für alle Menschen auf dieser Welt. Das Recht auf einen freien Zugang zum Internet ist eine entscheidende Teilhabefrage des 21. Jahrhunderts. Wer keinen Zugang hat ist schnell abgehängt. Eine lückenlose Breitbandversorgung ist wesentlicher Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge. Zudem wollen wir ein System öffentlicher WLAN-Zugänge. Gleichzeitig muss das Ziel die Minimierung der Strahlenbelastung sein. Für diese kämpfen wir. Die digitale Spaltung in unserer Gesellschaft wollen wir sowohl in Deutschland als auch weltweit überwinden.

Die grüne digitale Welt ist nachhaltig. Umwelt- und Gesundheitsschäden bei der Produktion von Handys und PCs oder neue Kohlekraftwerke für Rechenzentren darf es genauso wenig geben wie Elektroschrott, der um die halbe Welt verschifft wird und als "Entwicklungshilfe" auf Müllkippen landet. Wir setzen auf nachhaltige IT- und Kommunikationslösungen statt auf kurze Lebenszyklen und ein überdimensioniertes Mehr an Leistung, Speicher und Pixeln. Die Produktion von Elektronik muss den Grundsätzen der Nachhaltigkeit folgen und unter menschenwürdigen Bedingungen stattfinden. Schadstofffreiheit, Recyclingfähigkeit und niedriger Stromverbrauch müssen als Qualitätsmerkmale moderner Elektronik in allen Einsatzgebieten gefördert werden. Offene Formate, Lizenzen wie Creative Commons und Freie Software wollen wir fördern, um Inhalte, Software und Technik so zu gestalten, dass sie von möglichst vielen umfassend genutzt werden können.

Das Internet ist oft der letzte Hort der Freiheit in den Diktaturen unserer Zeit und das einzige Tor zur freien Kommunikation. Wir GRÜNE wollen eine freie Internetkultur. Diese wird aber immer öfter bedroht. Staatliche Institutionen und viele Unternehmen wollen das Internet einschränken, ihm die Freiheit nehmen. Die Filterung des Datenverkehrs sowie massenhafte und unbegründete Speicherorgien, wie die Vorratsdatenspeicherung, lehnen wir strikt ab. Den aktuellen Vorschlägen zur Einführung von Internetsperrlisten und den Aufbau einer umfassenden Sperrinfrastruktur erteilen wir eine klare Absage, da sie rechtsstaatlich und technisch unverantwortlich sind. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Deshalb muss die Verfolgung von Strafta-

ten im Internet intensiviert werden. Dazu bedarf es vor allem einer besseren technischen Ausstattung der Behörden und einer personellen Aufstockung von Fachkräften. Wir wollen ErmittlerInnen für die das Internet kein Fremdwort ist, sondern die schnell und wirksam Taten verfolgen. Bei Straftaten wie der Verbreitung von Kinderpornografie oder nationalsozialistischer Propaganda im Netz streiten wir für eine schärfere Verfolgung der Täter - vor allem durch eine bessere internationale Kooperation zwischen den Staaten beispielsweise durch vergleichbare Rechtsvorschriften oder gleiche Standards. Inhalte wie Kinderpornografie müssen aus dem Netz gelöscht werden, sobald sie bekannt sind. Wir wollen ein neutrales Medium, welches weder von Konzernen noch von Staaten gesteuert oder gefiltert wird. Dafür kämpfen wir.

Das Netz vergisst nie

Persönliche Vorlieben, sexuelle Orientierung oder private Hintergründe - all dies sind Informationen, die immer öfter im Netz kursieren. Diese sensiblen Daten müssen vor Missbrauch geschützt werden. Wir treten für einen starken Datenschutz im digitalen Zeitalter ein und für die Stärkung der Medienkompetenz. Nur so ist es möglich, jeder und jedem bewusst zu machen, welche Daten man frei zugänglich ins Internet stellen sollte. Das Prinzip "Meine Daten gehören mir" muss immer gelten. Wir wollen Speicherfristen auf ein Minimum verkürzen, das Recht auf umfangreiche Datenauskunft gerade auch im Internet festschreiben, damit jederzeit geklärt werden kann, welche Daten wo gespeichert sind. Dies schließt mit ein, dass man sich auch anonym im Internet bewegen dürfen muss, ohne überall Spuren zu hinterlassen. Wir setzen auf Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger im Netz. Dies muss durch gezielte kostenlose Bildungsangebote für Erwachsene und mit einer Informationsoffensive in den Medien selber gefördert werden.

Clever und Smart fürs Netz

Besondere Verantwortung bei der Vermittlung von Medienkompetenz hat der Staat inne. Insbesondere bei Kindern und Jugendlichen bedarf es eines ehrlichen Umgangs mit dem Medium Internet und neuen Medien von Anfang an: Gefahren müssen erklärt, über Datenschutz aufgeklärt und das sachdienliche Nutzen neuer und besonders auch freier Medien gelehrt werden. Die Förderung darf aber nicht mit dem Schulabschluss aufhören - auch viele Erwachsene benötigen Unterstützung, damit sie die neuen Kommunikationsmöglichkeiten des digitalen Zeitalters selbstbestimmt nutzen können.

Freiheit auf allen Ebenen

Wir unterstützen die Anwendung von Open Source, Freier Software, Freien Funknetzwerken, Offenen Formaten und innovativen Lizenzen. Sie müssen stärker als bisher Einzug in Bildungseinrichtungen und die öffentliche Verwaltung finden, weil sie kostengünstiger, energiesparender und grundsätzlich sicherer sind. Im Wissenschaftsbereich unterstützen wir Open Access. Forschungsergebnisse, die mit öffentlichen Geldern erzielt wurden, sollen der Öffentlichkeit auch frei zugänglich sein. Gleiches gilt für öffentliches Wissen, das in Behörden und Archiven schlummert. Dieses gilt es durch offene Lizenzen frei zugänglich zu machen. Wo immer sich die öffentliche Verwaltung auf Standards festlegt, müssen, soweit verfügbar, offene und patentfreie Standards bevorzugt werden. Gleiches gilt für die Dateiformate aller von der Verwaltung veröffentlichten Dokumente.

Besonders die Potenziale einer wirtschaftlichen Entwicklung, die die Digitalisierung unseres Lebens birgt, wollen wir unterstützen. Open Business-Modelle, wie die Freie Software Branche, bieten zukunftssichere Arbeitsplätze und schaffen nachhaltige Innovationen. Hier gilt es, sowohl an den Hochschulen als auch in den öffentlichen Institutionen solche Modelle durch die Ausbil-

derung von qualifiziertem Personal und der intensiven Nutzung der Angebote zu unterstützen. Unsere digitalisierte Welt bietet auch für neue Unternehmungen völlig neue Chancen. Kreativität treibt die Digitalwirtschaft an, die vor allem aus mittelständischen Unternehmen besteht. Seien es Computerspieleentwickler, Internetportale oder Blogger, die ihre Berufung zum Beruf machen wollen. Wir brauchen eine nationale Strategie für die Kreativ- und Digitalwirtschaft und erweiterte Standards, was die Aufnahme von neuen Berufsgruppen in die Künstlersozialversicherung angeht. Denn auch im digitalen Zeitalter bedarf es realer sozialer Absicherung.

Maßgeblichen Einfluss auf die Zukunft neuer Unternehmensmodelle hat eine zukunftssichere Regelung des Urheberrechts. Derzeit verbreitet allen voran die Medienindustrie eine Ideologie, die unlizenzierte Nutzung als "Raub" und "Piraterie" kriminalisiert. Im Kampf gegen die Internetpiraterie gerät jedoch immer öfter die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger ebenso unter die Räder wie der freie Zugang zu Wissen und kulturellen Werken. Massenhafte Verfolgung, den Einsatz von Digitalem-Rechte-Management sowie die Bestrafung von digitalen Privatkopien lehnen wir hingegen ab. Solche Flickschustereien der vergangenen Jahre am Urheberrecht wollen wir beenden. Wie schon im Patentrecht treten wir ein für grundlegende Reformen der bestehenden Urheberrechtsgesetzgebung in Deutschland und der EU sowie der übergeordneten Institutionen und Verträge. Wir drängen in eine Richtung, die zuvorderst BürgerInnen, KünstlerInnen, ForscherInnen, Schulen und Universitäten nützt, nicht der Medien- und Geräteindustrie oder Verlagsgiganten. Die Notwendigkeit einer Vergütung für die Schaffung geistiger Werke erkennen wir an. Pauschale Vergütungsmodelle stellen daher die Zukunft für einen fairen Interessenausgleich im digitalen Raum dar. Kernstück sind dabei die freie digitale Privatkopie und eine faire Lösung beim Urheberrecht im Internet. Diese Lösung muss in erster Linie Künstlerinnen und Künstler angemessen vergüten und Nutzerinnen und Nutzer nicht pauschal kriminalisieren, wenn sie Angebote downloaden. Die Einführung einer Kulturflatrate, die die nicht-kommerzielle Nutzung von digitalen Kulturgütern ermöglicht, kann ein richtiger Weg dahin sein.

Das Internet darf nicht zum Fangnetz werden

Mit der stetigen Zunahme der Internetnutzer, steigt die Zahl schwarzer Schafe im Netz. Das Internet darf nicht zum neuen Fangnetz von Betrügern für unwissende Verbraucherinnen und Verbraucher werden. Wir wollen durchsetzungsstarke Verbraucherrechte auch im digitalen Raum. Es muss einfach und klar erkennbar sein, wo die kostenlose Internetwelt aufhört und kostenpflichtige Angebote beginnen. Wer online etwas kauft, muss die gleichen Rechte haben, wie bei einem Einkauf im Laden um die Ecke. Dies fängt bei Gewährleistungs- und Widerrufsrechten an und geht bei der Speicherung und Verarbeitung von persönlichen Daten weiter. Gleiches gilt für soziale Netzwerke. Eine Pflicht zur pauschalen Übertragung von Rechten am eigenen Bild, Text oder Video lehnen wir dort genauso ab wie Aufweichungen des Datenschutzes.

Digitale Demokratie wagen

Mehr Transparenz, weitreichende Beteiligungsmöglichkeiten. Das Internet bietet enorme Chancen, unserer Demokratie frischen Wind einzuhauchen. Direkter Dialog wird ermöglicht, politische Prozesse können transparent von Allen begleitet werden. Um an unserem gesellschaftlichen Leben Teilnehmen zu können, ist der Zugang zu Internet zu einem festen Bestandteil geworden. Deswegen muss allen Bürgerinnen und Bürgern der Zugang zum Internet offen stehen. Wir wollen eine E-Demokratie, die mehr ist als ein Behördenformular herunterladen zu können oder mit Bundestagsabgeordneten zu chatten. Wir wollen Verwaltungsprozesse über das Internet entbürokratisieren und anschaulicher machen. Wir wollen neue Formen der direkten Beteili-

gung über das Internet erproben, solange die Sicherheit und Anonymisierbarkeit im Verfahren sichergestellt ist. Dies setzt aber eine klare Umsetzung des Rechts auf Informationsfreiheit voraus. Ebenso wie eine konsequente Förderung der Medienkompetenz von Anfang an.

Ein Internet ohne Barrieren

Für Menschen mit Behinderungen bietet das Netz besonders viele Chancen. Leider treffen sie dort, wie im realen Leben, oft auf Barrieren. Diese wollen wir abbauen und behinderten Menschen auch eine gleichberechtigte Teilhabe im Internet ermöglichen. Seiten der öffentlichen Hand müssen endlich umfassend barrierefrei gestaltet werden, die BITV ist endlich umfassend umzusetzen. Aber wir werben auch für die barrierefreie Gestaltung privatwirtschaftlicher Internetangebote.

Wer GRÜN wählt, ...

- ... wählt ein freies Internet - ohne Filter und Massenüberwachung.
- ... macht Schluss mit Kriminalisierung und Verfolgung durch pauschale Vergütungssysteme.
- ... schafft reale Verbraucherrechte für die virtuelle Welt.
- ... fördert nachhaltige IT-Technik, freie Software und innovative Lizenzen.
- ... will den flächendeckenden Breitbandausbau ohne Monopole.